

Wirtschaften



JBZ
www.jungk-bibliothek.at

Wirtschaft bezeichnet laut Duden „die Gesamtheit der Einrichtungen und Maßnahmen zur Deckung des menschlichen Bedarfs an Gütern und persönlichen Leistungen.“ Auffallend an dieser Definition ist, dass nicht von menschlichen Bedürfnissen, sondern von Bedarf gesprochen wird, was auf die Ausstattung mit dem für ein annehmbares Leben Notwendigen und nicht auf die Befriedigung scheinbar unbegrenzter Begierden und Wünsche verweist.

„Sustainable
Austria“
wird gefördert
von



lebensministerium.at

Was bedeutet Wirtschaften heute nach gängiger Auffassung? Dient Wirtschaft noch dem Menschen oder dienen wir ihr – um den Gewinn einiger weniger noch mehr zu steigern? Gibt es Ansätze des Wirtschaftens jenseits des Wachstumszwangs und des Konkurrenzprinzips – bei uns und in den Ländern des Südens? Was bedeutet Wirtschaften im Kontext der Globalisierung? Und was würde es bedeuten im Kontext des Prinzips Nachhaltigkeit? Das vorliegende „Sustainable Austria“ versucht einige Antworten.

I. Befunde

Wirtschaften und das Prinzip der Nachhaltigkeit



Zum Verfasser: Hans Holzinger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen (JBZ) in Salzburg, Mit-herausgeber der Zeitschrift „pro Zukunft“, Verfasser des Buchs „Nachhaltig leben“ und Mitglied von SOL.

Im Jänner 2007 ist das von ihm mit herausgegebene JBZ-Buch „Sustainable Mozart. Kunst, Kultur und Nachhaltigkeit“ erschienen (siehe SOL 127, Seite 30).

Infos: h.holzinger@salzburg.at,
www.jungk-bibliothek.at

Eine sehr alte Definition von Wirtschaften bezieht sich auf den sparsamen bzw. effizienten Umgang mit begrenzten Ressourcen – vom privaten Haushalt über den Haushalt des Unternehmens bis hin zum Staatshaushalt. Eine Definition, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit sehr nahe käme. Die Realität sieht derzeit freilich anders aus: das Naturkapital wird in rasantem Tempo aufgebraucht, das Human- und Sozialkapital – also die Fähigkeiten der Menschen, selbst organisiert ihr Leben zu gestalten und ihre Potenziale auch in die Gemeinschaft einzubringen – durch Vereinzelung, Konsumfixierung und Verblödung in einer glitzernden Entertainmentwelt systematisch zerstört. Die Knappheit ist im reichen Teil der Welt überwunden. Doch die von unseren Maschinen in Massen produzierten Güter stellen sich, so warnte sehr früh der Philosoph Ernst Bloch, zwischen uns Menschen. Wir leben in einer „Kultur des Habens“ und sind von der „Kultur des Seins“, die Erich Fromm skizziert hat, weit entfernt. Eine „Ökonomie des Überflüssigen“, die schließlich auch immer mehr Menschen „überflüssig“ macht, da sie im Produktionsprozess nicht mehr gebraucht werden, steht als düstere Zukunftsvision in Raum.

Wenn wir Wirtschaften in erweiterter Definition als Herstellung der Güter des täglichen Bedarfs für alle ErdenbürgerInnen im Sinne der Grundbedürfnisstrategie des Ökonomen Herman Daly betrachten (Unterscheidung von „needs“ und „wants“), so wird rasch deutlich, dass das gegenwärtig dominante Wirtschaftsmodell der sich global ausbreitenden geldvermittelten Marktwirtschaft dieses Ziel weit verfehlt. Es sei leicht, eine Ökonomie zu organisieren die Güter für Reiche produziert, die Kunst liege aber darin eine Ökonomie zu schaffen, die den Grundbedarf aller Menschen stillt, so der Friedensforscher Johan Galtung. Er spricht von Überproduktion und Sättigung in den reichen Volkswirtschaften und von Unterversorgung und Unterproduktion in den armen Volkswirtschaften. Und der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Ernährung Jean Ziegler meint, Hunger sei kein Problem der Knappheit, sondern eines falscher Strukturen: Abhängigkeit des Rechts auf Nahrung vom Besitz an Geld, Lebensmittel als Spekulationsobjekt auf den internationalen Rohstoffmärkten, Akkumulation des Kapitals bei den Habenden, Ausbeutung der ärmeren Staaten durch das Zinssystem, sobald sie sich auf das internationale Kreditwesen einlassen. Verschuldung und Hunger bezeichnet Ziegler daher als die neuen „Massenvernichtungswaffen“ .

Wir müssen angesichts des Hungers und der Not von Millionen von Menschen in der gegenwärtigen Weltgesellschaft also klar von Marktversagen, angesichts des rasanten Auseinanderdriftens von Vermögenden und Armen auch von Politikversagen sprechen. Und angesichts des weitgehenden Hinnehmens dieser Schieflage – von engagierten Menschen in NGOs, Regierungen oder internationalen Organisationen einmal abgesehen – auch von Gesellschaftsversagen.

Dass heute bedeutend mehr Menschen über einen wesentlich höheren materiellen Wohlstand verfügen als in früheren historischen Epochen, ist richtig, kann aber nicht über das Dilemma dieses Markt- und Politikversagens hinwegtäuschen. Dazu kommt, dass der Ausweitung „westlicher“ Wirtschafts- und Konsumstile ökosystemische Grenzen gesetzt sind. Die „transnationale KonsumentInnenklasse“ (Wolfgang Sachs), die sich durch Automobilität, den Besitz von Elektro(nik)geräten sowie einen hohen Fleischverzehr „auszeichnet“, umfasst mittlerweile 1,2 Milliarden Menschen. Ein Drittel davon lebt bereits in den Ländern des Südens. Doch es können nicht sechs Milliarden Menschen so leben und konsumieren wie wir heute. Die begrenzte Verfügbarkeit nicht erneuerbarer Ressourcen sowie die begrenzte Aufnahmekapazität der Erde als Müllhalde werden bei Fortschreibung des gegenwärtigen „Entwicklungsmodells“ die Verfügungskonflikte über Rohstoffe ebenso rasant verschärfen wie die sozialen und ökonomischen Kosten von Umweltveränderungen – der Klimawandel ist ein augenscheinliches Beispiel. Nachhaltig ist das gegenwärtig dominierende Wirtschaftssystem also leider nicht. Alternativen sind gefragt.

Zum Titelbild: Leistung gilt als Kardinaltugend unseres Wirtschaftsystems. Doch angesichts der enormen Produktivität dieses Systems sollten wir uns im Sinne von Nachhaltigkeit und Lebensqualität daran machen, die Maße aufzuwerten.

Cartoon aus: Peter Gaymann: Hühner gehen auf Reisen. Fackelträger-Verlag, 1987.

Kapitalismus: Erfolgsmodell mit Krisen?

In den Staaten der OECD-Welt ist das Nettoeinkommen in den letzten 100 Jahren um 3000 Prozent und die Produktivität in der Landwirtschaft um denselben Faktor gestiegen, im Produktionsbereich sogar um 3500 Prozent. Die Lebenszeit der Menschen hat sich verdoppelt, und die Mobilität wurde hinsichtlich Geschwindigkeit und Distanzüberwindung um den Faktor 100 gesteigert, so der Zukunftsforscher Rolf Kreibich. Diese Entwicklung mag beeindruckend sein, sie hat freilich ihre ökologischen Schattenseiten. Und sie war begleitet von großen sozialen Verwerfungen, etwas salopp würde man sagen, von „Lehrgeld“, das zu zahlen war.

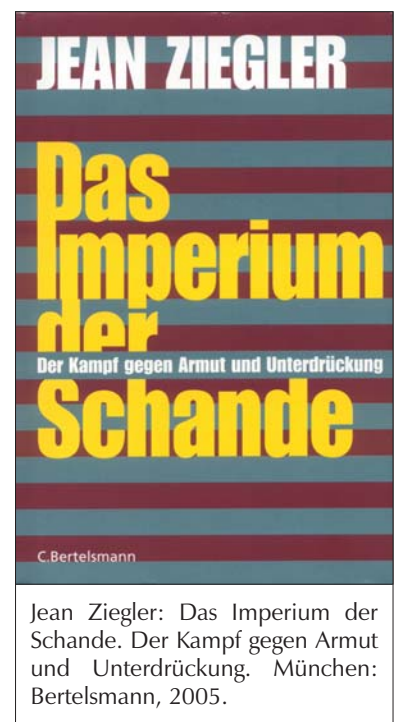
Der Industriekapitalismus, also die arbeitsteilige Massenproduktion von Gütern dergestalt, dass die Kapitaleigner die Fabriken und Maschinen, die lohnabhängigen ArbeiterInnen ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, die einen den Profit, die anderen einen Lohn erhalten, ist historisch gesehen ein sehr junges Phänomen, etwa 200 Jahre alt. Noch jünger – etwa 50 Jahre – ist der Massenwohlstand, das heißt die Verteilung des produzierten Mehrwerts derart, dass sich die ArbeiterInnen die von ihnen produzierten Güter auch leisten können (Verbreiterung der Kaufkraft), was erst das enorme Wirtschaftswachstum ermöglicht und zur weiteren Ausbreitung von Beschäftigung geführt hat. Man spricht in der Ökonomie vom Prinzip des „Fordismus“, benannt nach dem Autofabrikanten Henry Ford, der erkannt hatte, dass er Gewinne nur erzielen konnte, wenn er seinen Arbeitern solche Löhne zahlte, die sie im Stande setzten, die produzierten Autos auch zu kaufen.

Dieser Massenwohlstand ist – wie bereits gesagt – derzeit auf etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung beschränkt und wird auch in den reichen Regionen der Welt wieder brüchig (neue Armut). Das Prinzip der Massenkaufkraft – es wurde erstmals von dem Ökonomen John Meynard Keynes propagiert – funktionierte lange Zeit nicht. Wirtschaftskrisen, Börsencrashes, Massenentlassungen, massive Geldentwertungen und Massenarmut bestimmten die Entwicklung des Kapitalismus vor der Phase der heutigen Prosperität. Zwei Weltkriege mussten „herhalten“, um die Produktion anzukurbeln. Nur wurden nicht Güter für die Menschen, sondern Waffen produziert, die die Menschen dann gegeneinander richteten. Dass Kriegswirtschaft die Konjunktur belebt, zeigen auch die heutigen Kriege und der nach wie vor boomende Rüstungsmarkt.

Die Weltkriege „dienten“ auch der Neuverteilung des Zugangs zu den für die Industrie wichtigen Ressourcen, allem voran Erdöl – auch das hat ja Aktualität. Die Kriege sollten nicht zuletzt von der Attraktivität des Gegenmodells zum Kapitalismus, dem Sozialismus, „ablenken“. Das „Kommunistische Manifest“, erstmals publiziert im Jahr 1872, tat durchaus seine Wirkung. Es führte zur Bildung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die den Unternehmern erste soziale Verbesserungen (Abschaffung der Kinderarbeit, Reduzierung der Wochenarbeitszeiten, Versicherungsleistungen) abrangen. Bismarck und Hindenburg trieben mit der Parole „Ich kenne keine Arbeiter mehr, sondern nur noch Deutsche“ die Soldaten in den Ersten Weltkrieg. Die Nationalsozialisten hoben die Klassengegensätze in der „Volksgemeinschaft“ auf. Der Antikapitalismus mutierte gleichwegs zum Antisemitismus und führte in den Rassenwahn Adolf Hitlers.

Die Krisen des Kapitalismus sind auch heute nicht ausgestanden. Was sich vor zweihundert Jahren in den Fabriken bei uns abspielte, wiederholt sich heute in den rechtlosen „Produktionszonen“ der „Zweiten“ und „Dritten Welt“. Wenn die Wohlstandserwartungen der vielen Millionen in den Ländern an der Schwelle zur Industrialisierung im arabischen Raum, in Asien, in Lateinamerika, wahrscheinlich auch in Afrika, nicht eingelöst werden können, dann sind weitere soziale Eruptionen zu befürchten. Die Jugendarbeitslosigkeit in den Maghrebstaaten beträgt teilweise – so ein Beispiel – 50-80 Prozent.

Auch das internationale Finanzsystem ist alles andere als stabil, wie Verschuldungskrisen in den Ländern des Südens, aber auch Spekulationskrisen (Finanzblasen) in den reichen Zentren des Kapitalismus zeigen. Neue globale Vereinbarungen sind nötig.





Globalisierung als Chance?

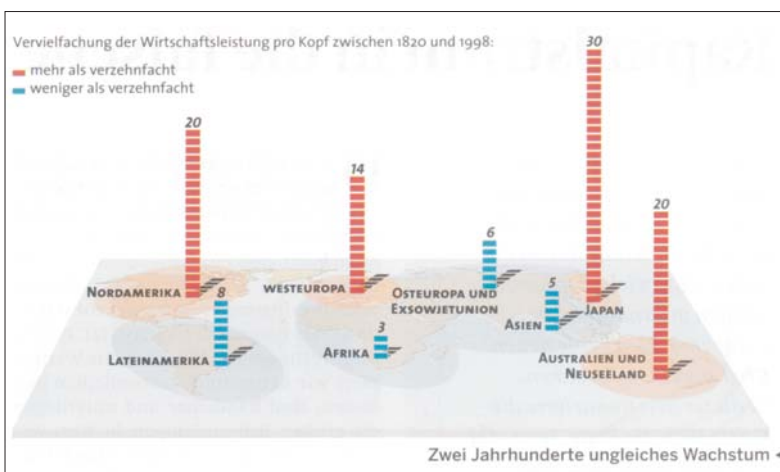
Der als „Globalisierung“ bezeichnete Prozess der Ausweitung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen – um es einmal wertneutral zu formulieren – ist zu verstehen als weitere Expansionsphase des Kapitalismus. Nicht nur neue Produktionsstandorte, an denen die ArbeiterInnen noch ausgebeutet werden können, sondern auch neue Investitions- und Absatzmärkte treiben diesen Prozess an. Sättigungstendenzen in den alten Industriegesellschaften, auf die der kritische US-Ökonom John Kenneth Galbraith bereits in den 1960er-Jahren hingewiesen hat („Gesellschaft im Überfluss“), erfordern zum einen immer neue Produkte nur bedingter Brauchbarkeit („Ökonomie des Überflüssigen“, Hinwendung zum „Erlebniskonsum“), da dies jedoch nicht reicht, auch neue Käuferschichten, die in den Schwellenländern und ehemaligen „Entwicklungsländern“ gesucht werden. Ziel des gegenwärtigen Globalisierungsprozesses ist die Ausweitung der transnationalen KonsumentInnenklasse, nicht die Befriedigung des Grundbedarfs aller Menschen.

Der Welthandel ist in den letzten Jahrzehnten rapide gewachsen. Die größten Handelsströme spielen sich aber zwischen den reichen Wirtschaftsregionen Nordamerika, Europa und Japan (erweitert um China und Indien), der so genannten „Triade“, ab. Die großen multinationalen Konzerne tätigen zwar Investitionen und schreiben auch satte Gewinne, sie schaffen aber wenige Arbeitsplätze in den Ländern des Südens, wie der Entwicklungsexperte Richard Gerster in „globalisierung und Gerechtigkeit“ augenscheinlich darlegt.

Die Globalisierung zählt – so scheint es – mehr Verlierer als Gewinner. Die große Mehrheit der Entwicklungsländer profitiert derzeit von der zunehmenden Verflechtung der Weltwirtschaft wenig, so auch der aktuelle „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des UNO-Entwicklungsprogramms. Der ernüchternde Schluss der AutorInnen: „Dass Handel die Einkommenslücke zwischen Arm und Reich verringert, ist ein Mythos, in dem ein Fünkchen Wahrheit kombiniert mit einer großen Dosis Übertreibung steckt.“ Diskriminierende Zölle, hohe Agrarsubventionen in den Industrieländern sowie der Verfall der Rohstoffpreise werden dabei als Ursachen angeführt.

Auch die reichen Staaten geraten in die Krise: Zur ökonomischen (Nachfrage)-Krise, der sozialen (Verteilungs)-Krise und der ökologischen (Belastungs- und Ressourcen)-Krise kommt eine kulturelle Krise, da menschliches Leben immer mehr dem Diktat ökonomischer Verwertbarkeit und menschliches Erleben immer mehr den künstlichen Unterhaltungswelten unterworfen wird („Ökonomie der Ablenkung“). Soziale Errungenschaften wie freier Zugang zu Bildung und Gesundheitsleistungen werden ausgehöhlt, Stress und psychische Belastungen nehmen zu, die Lebensqualität verliert sich in der Konkurrenzgesellschaft, Vereinzelung entsolidarisiert und macht krank.

Der Wiener Kabarettist Alfred Heinrich zeigt in seiner ironisch-sarkastischen Abhandlung „Im Anfang war der Markt“, wie sich die ArbeiterInnen immer wieder auseinander dividieren haben lassen. Nur die Internationale der „Kapitalisten“ habe immer funktioniert. Er fragt: „Wie schaffen es ein paar Prozent der Weltbevölkerung, dass alle übrigen sich von ihnen ausbeuten lassen, dass alle übrigen zusehen, wie diese kleine Minderheit auf Kosten der Gesamtheit immer reicher wird?“ Eine Frage, die aktuell bleibt. Dass es Ansätze von Gegenbewegungen gibt, sollen die folgenden Ausführungen zeigen.



Aus: Atlas der Globalisierung. Le Monde Diplomatique, 2006

II. Aussichten

Krisenzeiten bergen immer die Gefahr kollektiver Regression und der Verführbarkeit durch reaktionäre, autoritäre Lösungsmuster. Sie bieten aber auch die Chance zu neuen, konstruktiven Lösungen. Die im Folgenden skiz-

zierten Strategien sind nicht als Entweder-Oder-Perspektiven zu sehen, im Gegenteil, sie ergänzen einander. Gemeinsam ist ihnen der Ausstieg aus Wachstumszwängen und dem permanenten „Steigerungsspiel“, die Orientierung an Lebensqualität, an Gerechtigkeit und Menschenrechten – vor Ort und global – sowie an den ökosystemischen Grenzen.

Globalisierung gestalten - Politische Regulierung

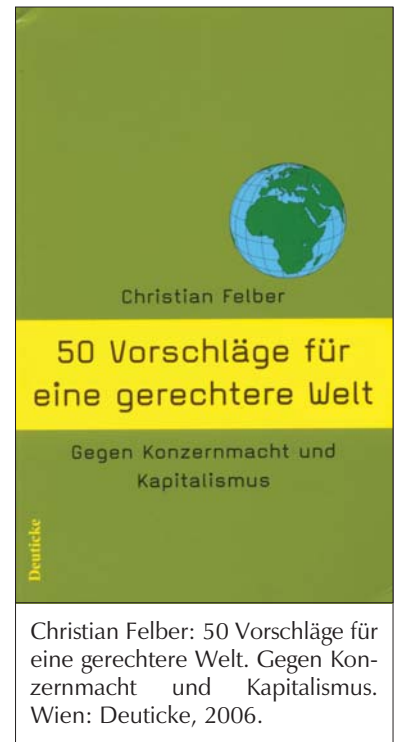
Mittlerweile existiert eine Vielzahl an Konzepten zu einer politischen Regulierung der Weltwirtschaft im Sinne von mehr Nachhaltigkeit, sei es von globalisierungskritischen NGOs wie Attac (Besteuerung von Devisentransaktionen), von entwicklungspolitischen Organisationen (etwa „Entschuldung jetzt“, „Kampagne Nullkommasieben“) oder von Forschungseinrichtungen wie etwa dem Wuppertal-Institut für Umwelt, Klima, Energie, das einen umfassenden Bericht „Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit“ herausgegeben hat.

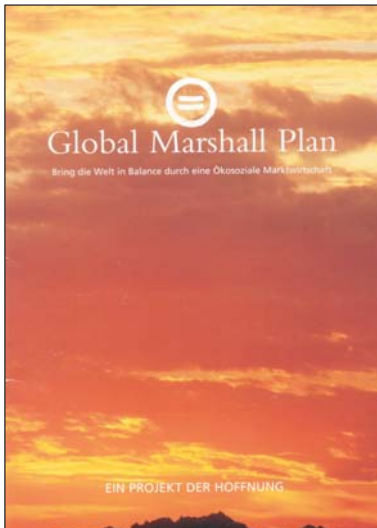
Der Mitbegründer von Attac-Österreich, Christian Felber, hat „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“ unterbreitet, die zusammenfassen, was bislang an Regulierungsstrategien – von der Stabilisierung der Finanzmärkte über mehr globale Steuergerechtigkeit bis hin zu einem faireren Welthandel - vorliegt. Felber wendet sich in seinem Buch, dem er den Untertitel „Gegen Konzernmacht und Kapitalismus“ gegeben hat, gegen den Mythos, dass die Politik an Gestaltungsmacht verloren habe. Auch der Neoliberalismus sei politisch gestaltet, eben nach den Prinzipien grenzenlosen Freihandels und radikaler Marktorientierung. Er fordert eine neue Ethik des Wirtschaftens, die den Allgemeingütern („moderne Allmende“) sowie dem Prinzip der Kooperation („assoziatives Wirtschaften“) wieder mehr Platz einräumt. In „pyramidalen Ökonomien“ sollen die zentralen Güter des täglichen Bedarfs wieder in der Region erzeugt werden (siehe Kapitel „Regionales Wirtschaften“). Der Weltmarkt wäre dann nur mehr das ergänzende „Salz in der Suppe“.

Eine wirtschaftspolitische Alphabetisierung tut angesichts der Ohnmacht, die die meisten Menschen derzeit empfinden, dringend Not. Christian Felbers Buch oder auch die von BEIGEWUM = Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Initiativen (www.beigewum.at) herausgegebene Aufklärungsschrift „Ökonomische Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen“ leisten hierfür wertvolle Beiträge.

Nulllohnrouden für die Reichen

Neue Wertigkeiten fordert auch Huschmand Sabet in seinem Buch „Globale Maßlosigkeit“. Nach Berechnungen des Wirtschaftsexperten betragen die jährlichen Einnahmen aus dem Drogen-, Menschen- und illegalen Waffenhandel 1,5 Billionen Dollar. Die „legalen“ jährlichen Rüstungsausgaben liegen bei 1 Billion Dollar. Sabet kritisiert aber auch den gemäß unserem Wirtschaftssystem ganz „legal“ erworbenen Reichtum. So betrug die nominalen Vermögenszuwächse der Dollarmilliardäre (587 Personen) allein zwischen 2003 und 2004 500 Mrd. Dollar. Das Jahresbudget der Vereinten Nationen macht hingegen nur mit 1,8 Mrd. Dollar aus, also Peanuts im Vergleich zu den kriminell und legal erworbenen Vermögen. Der Autor schlägt sinngemäß „Nulllohnrouden“ für die Reichen vor, wobei er zwei Optionen sieht: die Vermögenden stellen einen (großen) Teil ihres Reichtums freiwillig in Stiftungen für gemeinschaftliche Zwecke zur Verfügung (Beispiel Bill Gates), oder es kommt zu einer global akkordierten Besteuerung dieser Vermögen. Attac plädiert für eine globale Besteuerung der „High Net Worth Individuals“, also der Superreichen.





Global Marshall Plan. Ein Projekt der Hoffnung. Wien: Ökosoziales Forum, 2006.
www.globalmarshallplan.org

Für eine Weltsozialpolitik

Der „Krieg gegen Terror“ bringt nicht nur unermessliches Leid über viele Unschuldige, er verschlingt auch enorme Ressourcen (allein für den Irakkrieg haben die USA bereits 300 Milliarden US-Dollar ausgegeben), und er wird die Probleme nicht lösen. Der Hass vieler junger Menschen in den Slums, den Flüchtlingslagern, den Elendsvierteln der Armutsmetropolen auf den in bunten Fernsehbildern weltweit zur Schau gestellten Reichtum des „Westens“ wird bleiben. Er lässt sich nicht aus den Köpfen der zu kurz Gekommenen bomben. Die Befürchtung, dass sich aus den Reihen der Ausgegrenzten neue terroristische Nachahmer finden werden, ist nahe liegend. Dies ist die tiefgreifendste Erkenntnis aus dem 11. September.

Bessere Sicherheitsvorkehrungen und internationale polizeiliche Zusammenarbeit können die Wahrscheinlichkeit von neuen Angriffen etwas verringern. Verhindern können sie diese nicht. Wir leben in einer Weltgesellschaft. Alle wissen von einander. Da gibt es kein Zurück. Die zentrale Konsequenz aus den Anschlägen müsste daher eine Weltsozialpolitik sein, wie die Global Marshall Plan-Initiative vorschlägt. Ein Ernstmachen mit dem Ziel der Allgemeinen Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ Das geht nicht von heute auf morgen. Aber es muss heute begonnen werden.

Konzepte gibt es genug: Faire Handelsbeziehungen, Abbau von Protektionismus, Weltsteuern auf Rüstungsgeschäfte, Finanzspekulationen oder Flugbenzin, Ausgleichszahlungen an die Länder des Südens, solange der Norden unverhältnismäßig mehr zur Umweltzerstörung beiträgt (z. B. Emissionshandel für Treibhausgase), drastische Steigerung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und ihre Orientierung an einer Grundbedürfnisstrategie. Noch scheitern diese Konzepte an der Einsicht jener, die an den Schalthebeln der Macht sitzen. Ob die differenzierten Vorschläge aus der Zivilgesellschaft zeitgerecht aufgegriffen werden oder ein weiteres politisches „Rollback“ zu befürchten ist, bleibt offen. An gemeinsamen international akkordierten Sozial- und Umweltstandards führt langfristig aber kein Weg vorbei.

Der kanadische Evolutionsbiologe Ronald Wright beschreibt in seinem Buch „Eine kurze Geschichte des Fortschritts“, dass das Römische Imperium an der ökologischen und der sozialen Überdehnung zu Grunde gegangen ist. Die Reichen waren nicht gewillt, von ihrem Reichtum abzugeben, vielmehr verwickelten sie immer mehr Regionen in Expansionskriege und ruinierten damit auch die eigene Wirtschaftsbasis. Die Parallele zu heute ist offensichtlich.

KonsumentInnendemokratie

Die optimale Fabrik würde auf einem Schiff liegen, das immer dort anlegt, wo die Sozial- und Umweltstandards gerade am niedrigsten sind. Damit brachte ein deutscher Textilindustrieller auf den Punkt, wie die gegenwärtige Wirtschaftslogik der transnationalen Konzerne funktioniert. Doch die Ausbeutungsstrategie erhält Gegenwind. Es regt sich Widerstand seitens kritischer KonsumentInnen. „Der Entzugsmacht des Kapitals kann die Entzugsmacht des Konsumenten gegenübergestellt werden“, so der deutsche Soziologe Ulrich Beck.

In der Tat waren in den letzten Jahren NGOs, die sich mit Konzernen angelegt haben, wie Greenpeace oder die Clean Clothes Campaign, sehr erfolgreich. Sie erreichten, was der Politik bislang nicht gelungen ist (oder gelingen wollte), nämlich Unternehmen zu zwingen, ihre Geschäftspraktiken offen zu legen, Sozial- und Nachhaltigkeitsberichte zu veröffentlichen und zumindest interne Sozialstandards (Codes of Conduct) zu installieren. Bücher wie „No Logo“ von Naomi Klein oder das „Schwarzbuch Markenfirmen“ von Klaus Werner und Hans Weiss wurden zu Bestsellern, die erstmals Kreise über die Umwelt- und Sozialengagierten hinaus erreichten, insbesondere auch Jugendliche. Dies gilt ebenso für neue Dokumentarfil-



Klaus Werner, Hans Weiss: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen. Berlin: Ullstein, 2006.

me wie „We feed the World“ von Erwin Wagenhofer oder „Darwin’s Nightmare“ von Hubert Sauper, die problematische Geschäftspraktiken multinationaler Konzerne aufzeigen. Popgruppen wie U2 oder Hollywood-SchauspielerInnen wie Julia Roberts und Leonardo DiCaprio engagieren sich neuerdings für die Entschuldung der ärmsten Staaten, für Artenvielfalt oder für Klimaschutz.

Nicht zufällig erscheinen gerade jetzt neue Bücher, die sich dem kritischen Konsum verschrieben haben. Die WDR-Journalistin Tanja Busse ruft zur „Einkaufsrevolution“ auf. Akribisch leuchtet sie die dunklen Flecken unseres Wirtschaftssystems aus, etwa wenn sie über die moderne Sklaverei in der globalisierten Textilbranche berichtet. Sie bringt Konzernchefs und Manager ins Schwitzen, wenn sie deren ausweichende Antworten auf ihre Fragen dokumentiert. Auffällig: Busses wichtigste Informanten sind kritische NGOs, die breit zu Wort kommen.

Ihr Kollege Fred Grimm hat einen „anderen Einkaufsführer“ erstellt, den er „Shopping hilft die Welt verbessern“ nennt. Auch er verweist auf zahlreiche Initiativen und Links für einen bewussten Konsum. Sein Buch enthält auch Beispiele neuer Unternehmen, die dem Trend eines ethischen Einkaufsverhaltens Rechnung tragen und damit Gewinne erzielen. Etwa „American Apparel“, die „am schnellsten wachsende Modemarke der Welt“, die ausschließlich in Los Angeles produzieren lässt und mit ihren guten Löhnen und Arbeitsbedingungen wirbt.

Die Bewegung der LOHAS – „Lifestyle of Health and Sustainability“ hat mit der alten Umwelt- und Sozialbewegung wenig am Hut, soll in den USA aber mittlerweile bereits 60 Millionen Menschen zählen. „Gesundheitsbewusst und ethisch konsumieren“ ist ihre Devise, ähnlich wie die der britischen „New Consumer“- und „Ethical Consumer“-Bewegungen.

Alexander Mesching und Mathias Stuhr sehen im „moralischen Konsum“ eine „Geschäftsidee mit großer Zukunft“, da sich Konsum von der Erfüllung bloßer Lebensnotwendigkeiten hin zur „Sinnegebungsmaschine“ gewandelt habe. Es wäre jedoch falsch, solche Initiativen eifertig als Beruhigung des schlechten Gewissens einer kaufkräftigen Ober- und Mittelschicht oder als neuen Marketinggag abzutun. Dass Initiativen wie Fairer Handel oder die Kampagne für saubere Kleider heute zu Vorzeigeprojekten werden und auch in Lifestyle-Magazinen auftauchen, ist ein Erfolg dieser Bewegungen. Wichtig scheint, wie es Tanja Busse ausdrückt, dass „politisches Konsumieren“ verbunden wird mit politischem Engagement, das letztlich zu faireren und ökologischen Rahmenbedingungen für das Wirtschaften führt und vielleicht dann auch zu dem, was die US-Trendforscherin Patricia Aburdene als „bewussten Kapitalismus“ nennt. Klaus Werner und Hans Weiss bringen es auf den Punkt: „Bewusst konsumieren, lautstark protestieren – und sich politisch engagieren, am besten gemeinsam mit anderen.“

Ethische Geldanlagen

Als Teilbereich kritischen Konsums gilt das ethische Investment. Wenn es mehr Menschen, die über Geldvermögen verfügen, nicht mehr egal ist, wo und wie dieses angelegt wird, dann erhalten nachhaltige Zukunftsbranchen wie Erneuerbare Energien mehr Kapital. Börsennotierte Unternehmen, die etwa Rüstungsgüter produzieren oder unter inhumanen Arbeitsbedingungen produzieren lassen, geraten hingegen unter Druck, so die Überlegung. Auch wenn dieser Ansatz das kapitalistische Wirtschaften nicht grundsätzlich in Frage stellt und der Anteil ethischen oder ökologischen Investments noch niedrig ist, so darf diese Initiative nicht unterschätzt werden. Wie beim politischen Konsum wird auch hier der ethische Anspruch an Wirtschaften herausgestellt, was Menschen ermöglicht, sich ethisch zu verhalten, zugleich Banken und börsennotierte Unternehmen unter Zugzwang bringen kann, ihre Geschäftspraktiken zu revidieren. Die Katholische Sozialakademie Österreichs informiert in einem Dossier über Ansätze und Initiativen ethischer Geldanlagen. Neben Beispielen findet man darin auch die Grundprinzipien des Börsesgeschehens erklärt. Wertvolle Informationen gibt auch das zweijährig erscheinende Jahrbuch „Grünes Geld“, das von Max Deml u.a. herausgegeben wird.



Tanja Busse: Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht. München: Blessing, 2006.



Geld und Ethik – ethische Geldanlagen. KSÖ-Dossier 2006/9. www.ksoe.at.



Luise Gubitzer: Wirtschaft ist mehr. Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Geschlechtergerechtigkeit. In: Widerspruch 50/2006. www.widerspruch.ch

Ein erweiterter Wirtschaftsbegriff

Die Ökonomin Luise Gubitzer plädiert für einen erweiterten Begriff von Wirtschaft und unterscheidet fünf Sektoren der „Gesamtwirtschaft“, denen jeweils unterschiedliche Rationalitäten zu Grunde liegen.

- For-Profit-Sektor - Gewinnmaximierungsrationalität
- Öffentlicher Sektor - sozio-ökonomische Rationalität [Politik: auch Stimmenmaximierungsrationalität]
- Non-Profit-Sektor - politisch-ethische Rationalitäten
- Haushaltssektor - Fürsorge-, Versorgungs- und Vorsorgetationalität [In den Ländern des Südens auch Subsistenzsektor]
- Illegaler Sektor - Versorgungs- und Überlebensrationalität (z. B. bei Schwarzarbeit), Gewinnmaximierungsrationalität (z. B. bei Drogen-, Menschenhandel), Gewalt- und Umgehungsrationaltät (Kriegsökonomie).

Gubitzer schlägt vor, die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die wirtschaftlichen Leistungsindikatoren auf der Basis dieses erweiterten Wirtschaftsbegriffs neu zu konzipieren. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssten den gesamten Arbeitsmarkt, nicht nur jenen des For-Profit-Sektors berücksichtigen. Die Wertigkeiten der unterschiedlichen Tätigkeiten müssten sich ändern: „Die Tätigkeiten im Haushaltssektor und viele Tätigkeiten, die im Lohnsektor verrichtet werden, schaffen ökonomische Werte und Dienstleistungen, die lebensnotwendig sind. Viele der auf Akkumulation gerichteten Tätigkeiten tun das nicht. Im Gegenteil, manche gefährden Lebensnotwendiges wie z. B. alle Tätigkeiten, die mit der Spekulation mit Energie, Wohnen, Energie, Nahrung, Wasser, Versicherung zu tun haben, da sie dadurch diese lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen verteuern“, so Gubitzer. Dem kriminellen Sektor mehr Aufmerksamkeit zu geben, würde schließlich die am Staat vorbei „erwirtschafteten“ Werte sowie die problematischen Verflechtungen zwischen legalem und illegalem Sektor aufdecken (Vgl. dazu etwa die Studie „Ökonomie des Terrors“ von Loretta Napoleoni).



Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Hg. v. Andreas Exner u.a. Münster: Unrast, 2005.

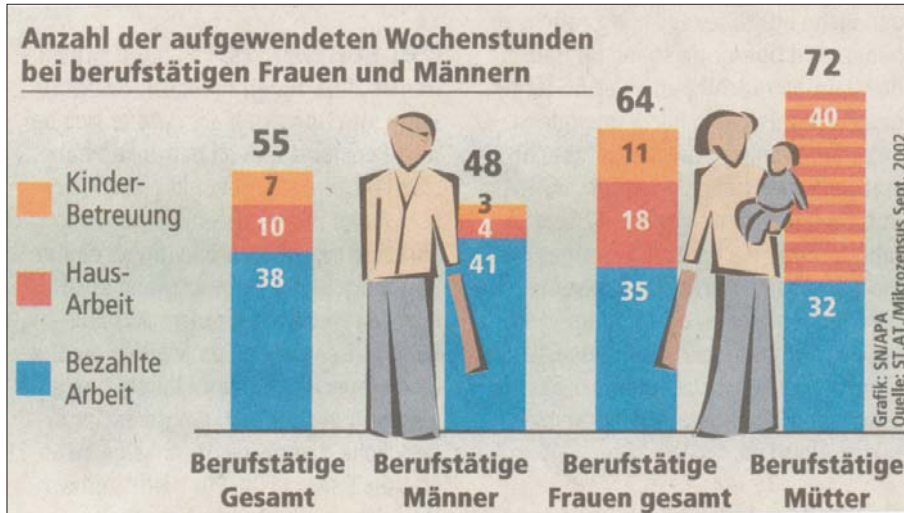
Plurale Arbeit – plurale Einkommen

Laut dem WIFO-Experten Markus Marterbauer sind jährlich 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum nötig, damit die Beschäftigung zu steigen beginnt (Beschäftigungsschwelle), und mindestens 2 Prozent, damit die Arbeitslosigkeit zu sinken beginnt (Arbeitslosigkeitsschwelle).

Der Soziologe Georg Vobruba schlägt hingegen in seinem Buch „Abschied von der Vollbeschäftigung“ plurale Einkommen vor, die sich neben den Erwerbseinkommen auch aus auszuweitenden, staatlichen Transfereinkommen (etwa für Betreuungsleistungen) sowie breiter zu streuenden Kapitaleinkommen (Sparerträge, Volksaktien) zusammensetzen. Die Diversifizierung der Einkommen ermöglicht plurale Tätigkeitsprofile, in denen neben der Erwerbsarbeit die Familien-, Haus- und Eigenarbeit (monetär) aufgewertet wird. Zuletzt hat sich Vobruba in Fortführung seines Modell auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgesprochen.

Voraussetzung für dieses Modell sind ein (finanz)starker Staat und ein gesellschaftlicher Grundkonsens über die Aufwertung derzeit nicht monetär abgegoltener Tätigkeiten. Vorteile: Eine höhere Transferquote verhindert das Abdriften von Menschen in die Armut, sie verringert die Einkommens- und Vermögensspreizungen und entlastet die Arbeitsmärkte, was Arbeitslosigkeit verringert, die Arbeitnehme-

rInnenposition stärkt und dem Wachstumszwang seine Spitze nimmt. Ergänzt man dieses Modell um eine plurale Ökonomie, die sich aus einer starken regionalen Wirtschaftsstruktur, einer nur bedingten Weltmarktintegration und einem ausgeprägten Tauschsektor jenseits der Geldökonomie zusammensetzt, so betreten wir den Pfad eines nachhaltigen Wirtschaftens, das die lebenserhaltenden und Lebensqualität steigernden Tätigkeiten ins Zentrum rückt.



Weniger arbeiten – neue Arbeitszeitmodelle

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist in Europa in den letzten hundert Jahren von etwa 50 auf 40 Stunden gesunken. Ab den 1980er-Jahren verebten die Bestrebungen, weitere Arbeitszeitverkürzungen zu erreichen, dies obwohl es weiterhin Produktivitätsfortschritte gab. Das erhöhte Drohpotenzial großer Unternehmen, auf billigere Standorte zu wechseln, die Schwächung der Gewerkschaften im Zuge höherer Arbeitslosigkeit, aber wohl auch ein öffentlich erzeugtes Klima der Angst und des Konkurrenzverhaltens, das Wettbewerbsargumente über alles andere stellte („Wettbewerbsstaat“), mögen dafür verantwortlich sein. Stichhaltig sind die Argumente allesamt nicht. Für Standortentscheidungen sind keineswegs allein die Lohnkosten ausschlaggebend, die Gewerkschaften selbst erstarrten und kümmerten sich (zu) lange nur um ihr Stammklientel (Vollzeitbeschäftigte) unter Vernachlässigung der Hinausgedrängten (Arbeitslose, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen).

Bewegung könnte in die Debatte wieder kommen, wenn Unternehmensverbände wie Gewerkschaften sich neuen, flexiblen Lösungen öffnen. Drei solche Modelle sollen im Folgenden vorgestellt werden.

Die 30-Stundenwoche

Der Betriebswirtschaftler Konrad Stopp hat in den deutschen „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ das Modell einer „30-Stundenwoche als Regelarbeitszeit im atomenden Arbeitsmarkt“ entworfen. Dieses schafft für Unternehmen wie ArbeitnehmerInnen finanzielle Anreize, die Arbeitszeiten zu verkürzen. Stopp geht davon aus, dass die Massenarbeitslosigkeit zukünftig „mit Wirtschaftsmengenwachstum nennenswert nicht abzubauen“ sein wird, d.h. Arbeitsumverteilung unumgänglich sei. Seine Ausgangsthese: Die 30-Stundenwoche kann weder Arbeitgebern noch Arbeitnehmern per Gesetz aufgezwungen werden. Beide Gruppen werden sie nur annehmen, sofern sie von Vorteil für sie ist. Stopp schlägt drei Maßnahmen vor:

Pro ZUKUNFT
Der Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen
In Zusammenarbeit mit Future Survey
30. JAHRGANG, 2006 | 2

EDITORIAL
Die „Agenda Arbeit“ neu definieren

„Zukunft der Arbeit“ – Schwerpunkt in pro Zukunft 2006/2.
www.jungk-bibliothek.at

BEIGEWUM
Mythen der Ökonomie
Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen

Herausgegeben vom
Büro für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

VSA

BEIGEWUM: Ökonomische Mythen der Ökonomie. Hamburg: VSA-Verl., 2005.



Die Halbtagesgesellschaft. Konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Baden-Baden: Nomos, 2006.

1) Die Arbeit und die dazugehörigen Bruttolöhne werden auf mehr Schultern verteilt. Im Bezugsjahr 2001 wäre in Deutschland eine jahresdurchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit um 200 Stunden nötig gewesen, um allen erwerbsfähigen Personen einen Arbeitsplatz zu sichern.

2) Der für die ArbeitnehmerInnen unvermeidliche Bruttolohnverzicht wird über die Entlastung bei der Lohnsteuer und bei der Arbeitslosenversicherung in etwa ausgeglichen.

3) ArbeitgeberInnen, die sich auf die 30-Stunden-Woche einlassen und damit neue Arbeitsplätze schaffen, entlasten die Arbeitslosenversicherung und werden daher mit geringeren Beiträgen dazu „belohnt“. Die tatsächlichen Arbeitszeiten sollen flexibel zwischen Unternehmen und Betriebsrat ausgehandelt werden, was auf branchenspezifische und konjunkturelle Bedingungen im Sinne eines „atmenden Arbeitsmarkts“ Rücksicht nehmen würde.

Die Halbtagesgesellschaft

Einen Schritt weiter geht das Konzept einer „Halbtagesgesellschaft“, das von den Wirtschaftswissenschaftlern Axel Schaffer und Carsten Stahmer durchgerechnet wurde. Die beiden entwickelten ein Szenario, in dem in Deutschland nicht mehr wie bisher im Jahr 1600 Stunden, sondern durchschnittlich nur mehr 1000 Stunden gearbeitet wird. Drei Gründe führen Schaffer und Stahmer für ihr Modell an:

1) Das Tätigkeitsspektrum zur Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben umfasst Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Aus- und Weiterbildung sowie Sozialengagement, ergänzt um Freizeit- und Regenerationsphasen. Nicht alle Aktivitäten sind monetär erfassbar, alle Aktivitäten erfordern jedoch Zeit. Die Autoren erstellten daher Zeitbilanzen für diese Tätigkeiten und rekonstruieren die Zeitflüsse zwischen den Generationen und Geschlechtern (Im Jahr 2000 standen in der BRD 64 Mrd. Erwerbsstunden 94 Mrd. Stunden unbezahlter Tätigkeiten gegenüber, wobei auf die Frauen der weitaus größere Anteil an unbezahlten Arbeiten fiel).

2) Die knappen öffentlichen Haushalte schränken die Spielräume für aktive Sozialpolitik zunehmend ein. Neue Antworten seien gefragt.

3) Arbeitslosigkeit lasse sich nicht mehr allein durch Wirtschaftswachstum abbauen. Eine Schlüsselfunktion komme daher – wie auch Stopp argumentiert – der Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu.

Ziele der Halbtagesgesellschaft: Eine gerechtere gesellschaftliche Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen ebenso wie zwischen Jüngeren und Älteren, eine befriedigendere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für alle sowie nachhaltigere Konsummuster – die Autoren rechnen aufgrund schrumpfender Einkommen mit einem Rückgang der Konsumausgaben. Als flankierende Maßnahmen werden verstärkte Bildungs- und Qualifikationsmaßnahmen (die Halbtagesgesellschaft braucht mehr hoch qualifizierte Personen) sowie die (verpflichtende) Übernahme sozialer Aufgaben durch alle vorgeschlagen.

Positive Anreize zum Verzicht auf eine Vollerwerbsstelle werden u. a. gesehen in der Abgeltung von Produktivitätszuwächsen vermehrt durch Zeit (Arbeitszeitverkürzung), der Einführung einer Zeitwährung für soziale Aufgaben (Zeitgutschriften wie in Japan) sowie die Zahlung eines Erziehungsgebhalts bzw. Elterngelds. Jene, die nicht bereit sind, ihre Arbeitszeit zu verkürzen und sich am sozialen Engagement zu beteiligen, sollten für die zusätzlich geleisteten Erwerbsarbeitsstunden „wesentlich höhere Steuern zahlen, da in diesen Fällen ja der Staat oder andere Organisationen die nötigen sozialen Leistungen erbringen müssen.“ Schaffer und Stahmer ist etwa vorstellbar, dass Mütter und Väter alternierend jeweils drei oder mehr Jahre bei den Kindern zuhause bleiben.

Das Modell Halbtagesgesellschaft wäre eine Alternative zur Voll-Dienstleistungsgesellschaft, in der immer mehr Betreuungsaufgaben monetarisiert und in den Markt ausgelagert werden. Es versteht sich als Anstoß zur Reflexion, als produktive Provokation, eine ganz andere Gesellschaft als die gegenwärtige zu denken. Das



Ernst Gehmacher u.a.: Sozialkapital. Wien: Mandelbaum, 2006.

„Sozialkapital“, von dem Ernst Gehringer u. a. sprechen, würde in diesem Modell (wieder) stärker den Zusammenhalt von Gesellschaften prägen. Zu ergänzen wäre das Modell aber um eine neue Politik der Mindestlöhne, um keine negativen Verteilungswirkungen zu erzeugen.

Auszeiten und Grundeinkommen

Eine weitere Form von Arbeitszeitverkürzung stellen *Auszeiten* oder so genannte *Sabbaticals* dar. Die Expertin *Barbara Siemers* hat in ihrer Studie „Sabbaticals – Optionen der Lebensgestaltung jenseits des Berufsalltags“ errechnet, dass in Deutschland nur 2,6 Prozent der Betriebe Auszeitmodelle ermöglichen. In Österreich werden es wohl nicht mehr sein. Bekannt ist das Modell im Schuldienst. LehrerInnen, die vier Jahre 20 Prozent ihres Gehalts ansparen, können dafür das fünfte Jahr frei nehmen. Das Arbeitsmarktservice bietet Karenzierungsmodelle für Weiterbildung ("Bildungskarenz") bzw. bei Überlassung der eigenen Arbeitsstelle für eine arbeitssuchende Person (jeweils bis zu 12 Monate, einvernehmliche Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Voraussetzung, Karenzgeldbezug ca. 500 €). In Südtirol ist beispielsweise für SozialarbeiterInnen grundsätzlich ein Freijahr nach vier Arbeitsjahren vorgesehen.

Der am weitesten gehende Vorschlag weg von der Erwerbsarbeits- hin zur Tätigkeitsgesellschaft wäre ein bedingungsloses Grundeinkommen, das jedem Mitglied der Gesellschaft ein Existenzminimum unabhängig von Erwerbsarbeit zugesteht. Mehr noch als die Finanzierbarkeit sind es Akzeptanzprobleme, die dieses Modell derzeit freilich als politisch unrealistisch erscheinen lassen. Karenzmodelle, die etwa jedem Gesellschaftsmitglied einige Freijahre für Bildung und finanzierte Auszeiten in der Familienphase ermöglichen, oder Anreizsysteme für weniger Erwerbsarbeiten sind jedoch Schritte in dieselbe Richtung, die Wirtschaften von der alleinigen Fixierung auf Lohneinkommen lösen und Nichterwerbstätigkeiten aufwerten.

Resümee: Während der öffentliche Diskurs in Politik, Wirtschaft und Medien noch weitgehend bestimmt ist vom Motto "Arbeitsplätze schaffen", mehren sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur die Vorschläge, die ein Abrücken vom alten Vollbeschäftigungsideal nahe legen. Gespeist werden sie von der (ökologischen) Wachstumskritik, von der Forderung nach Neuverteilung der Produktivitätszuwächse in High-Tech-Ökonomien, dem erweiterten Blick auf die "anderen", nicht der Erwerbssphäre zuzurechnenden Tätigkeiten, die zum Funktionieren von Gesellschaften und Wirtschaften jedoch überlebenswichtig sind ("Care-Economy") sowie nicht zuletzt von einem neuen Diskurs über Wohlstand und Lebensqualität, der etwa Zeitpolitiken, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie sowie ein reflexives Konsumverhalten zum Thema macht.

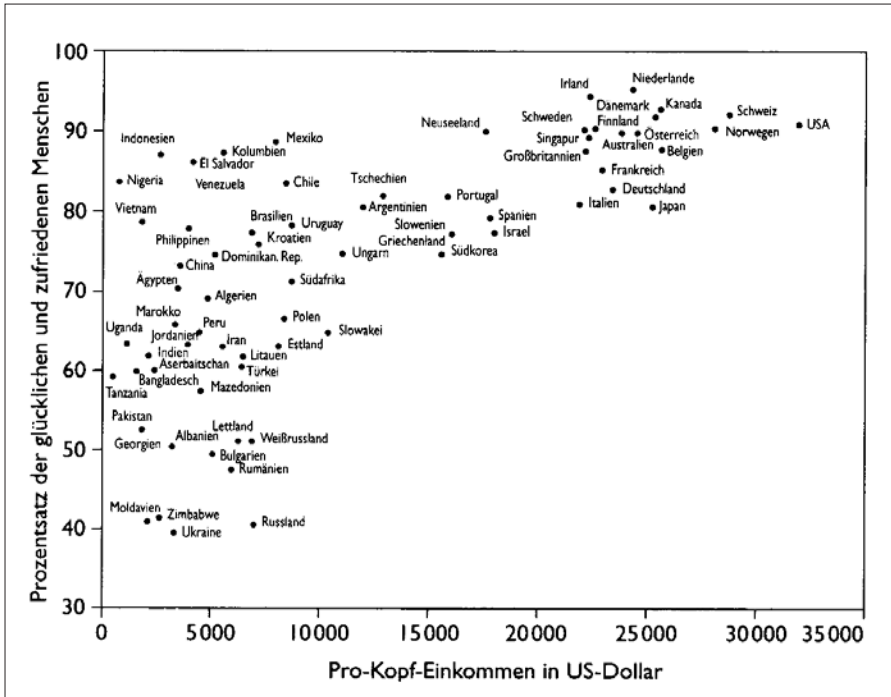
Ansätze der Suffizienz

Glaubt man Ergebnissen der Zufriedenheitsforschung, so müssten die Chancen auf weniger aufwändige Lebensstile ganz gut stehen. Dass weniger mehr, das bewusste Sich-Entziehen eine Bereicherung sein kann, ist Bestandteil vieler Weisheitslehren vom guten Leben, so auch des SOL-Aufrufs für einen solidarischen, ökologischen und genussvollen Lebensstil sowie des SOL-Handbuchs „Genuss und Nachhaltigkeit“.

Neuerdings wird auch in den Wirtschaftswissenschaften der Zusammenhang von materiellem Wohlstand und Lebenszufriedenheit untersucht. Ergebnisse der Zufriedenheitsforschung zeigen demnach, dass sich seit den 1970-Jahren die Entwicklung des Wirtschaftswachstums und die wahrgenommene Lebensqualität in allen OECD-Staaten entkoppelt haben. Wir wurden zwar weiterhin reicher, aber nicht mehr glücklicher. Dabei wäre falsche Sozialromantik fehl am Platz: Geld korreliert in Marktgesellschaften durchaus mit Lebenszufriedenheit. Reichere Menschen sind in der Regel nicht nur gesünder, sie sind auch zufriedener – doch mit Einschränkungen. Untersuchungen zufolge steigt die Lebenszufriedenheit nur bis



Dan Jakobowicz. Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils. Wien: Promedia, 2002.



Aus: Layard, 2005.

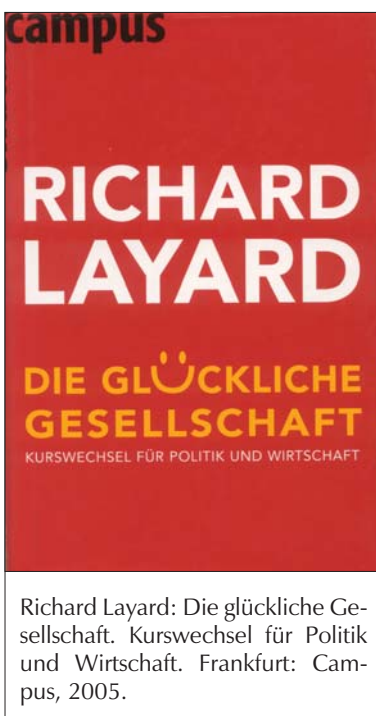
jedoch stark zu deren Lebenszufriedenheit bei, was Layard als Argument für Umverteilung anführt.

Niedrigere Einkommensspreizungen machen zufriedener

Dass die skandinavischen Länder hinsichtlich der regelmäßig von Eurobarometer erhobenen Lebenszufriedenheit in Europa am besten abschneiden, wird mit deren niedrigeren Einkommensspreizungen, dem größeren Vertrauen der Menschen untereinander sowie in den Staat und die sozialen Sicherungssysteme in Verbindung gebracht. Umverteilende Sozialpolitik ist demnach ein wesentlicher Faktor für Lebensqualität in modernen Gesellschaften. Der so genannte Gini-Koeffizient, der das Verhältnis der Kaufkraft der unteren 10 bzw. 20 Prozent zu jenem der oberen 10 bzw. 20 Prozent der Bevölkerung wiedergibt und im jährlichen „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des UNDP publiziert wird, fällt in den skandinavischen Ländern bedeutend günstiger aus als in anderen europäischen Ländern – auch in Österreich.

Phänomene wie steigender Leistungsdruck, Verdichtung des Arbeits- wie des Freizeitens, Zunahme von Ellbogenverhalten bei gleichzeitiger Angst, nicht mehr mithalten zu können, sowie die permanente Beschleunigung schlagen in der ernüchternden Glücksbilanz materiell reicher Konkurrenzgesellschaften wohl negativ zu Buche. Dies mag auch erklären, dass Länder mit einem niedrigen Bruttosozialprodukt ähnlich hohe Lebenszufriedenheitswerte aufweisen können wie die wohlhabenden OECD-Staaten. Auch wenn hinsichtlich Vergleichbarkeit der Daten des „World Value Survey“ Unschärfen bestehen (Befragungsmodi und -zeiträume können differieren), so machen diese doch den nur bedingten Zusammenhang von materiellen Wohlstand und Lebenszufriedenheit deutlich (s. Grafik). Einer Studie der britischen New Economics Foundation zufolge rangieren die BewohnerInnen der Industriestaaten hinsichtlich subjektiver Glückseinschätzung sogar weit hinter Ländern wie Kolumbien, Costa Rica oder Panama (www.neweconomics.org/gen).

Berücksichtigt man neben der Lebenszufriedenheit und der Lebenserwartung überdies den ökologischen Fußabdruck, wie dies der Happy Planet Index tut, so belegen die ersten Ränge durchwegs Länder des Südens, z. B. Kolumbien oder



Richard Layard: Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt: Campus, 2005.

Costa Rica. Das beste europäische Land ist Malta auf Platz 40, das zweitbeste Österreich auf Platz 61 (www.happyplanetindex.org).

Die Reduzierung des Wohlstandsbegriffs in den Wirtschaftswissenschaften wie in der Politik auf materielles Wachstum ist jedenfalls fragwürdig geworden. Das Menschenbild des „homo oeconomicus“, der nur auf den eigenen materiellen Vorteil aus ist, greift der Zufriedenheitsforschung zufolge zu kurz. Eine weitere Untermauerung für eine kulturelle Umsteuerung!

Tauschökonomien

Ein funktionierendes, aus Steuern aller finanziertes Sozialsystem ist menschenwürdiger als das Angewiesensein auf Spenden, Almosen oder Geschenke der Begüterten, wie dies im Mittelalter der Fall war. Dass Superreiche wie Bill Gates nun gemeinnützige Stiftungen gründen, um armen oder kranken Menschen zu helfen, ist ehrenwert. Ein Wirtschaftssystem, das ihnen ermöglicht, so reich zu werden, ist keinesfalls.

Großzügigkeit könnte sich aber anders als in den problematischen Charity-Events in neuen Formen von Kommunalität äußern. Der Rechtsanwalt Markus Distelberger, Mitglied eines Waldviertler Tauschkreises, plant beispielsweise ein Wohnprojekt, in dem mehrere Generationen zusammen wohnen. Junge Familien sollen mehr Wohnraum erhalten, ohne mehr in die Genossenschaft einbringen zu müssen. Dafür zahlen die Älteren, die mehr verdienen oder angespart haben, etwas mehr. Ein spannendes Experiment.

Eine andere, aber aufgrund des gestiegenen materiellen Wohlstands an Bedeutung gewinnende Form des Schenkens stellt das Vererben von Sach- oder Geldvermögen dar, das in der Regel innerhalb der Familie erfolgt (was natürlich bestehende Vermögensverhältnisse zementiert), aber auch Stiftungen, Vereinen oder sonstigen gemeinnützigen Einrichtungen zu Gute kommen kann.

Umsonstläden

Umsonst- oder Kost Nix-Läden stellen eine vergesellschaftete Form des Schenkens dar. Sie reagieren auf die Überflusswirtschaft, in dem sie aus dieser Abgestoßenes abschöpfen, und helfen damit, umzuverteilen und zugleich den Lebenszyklus von Produkten zu verlängern. In Umsonstläden werden Gegenstände zur kostenfreien Mitnahme bereitgestellt. Umgekehrt kann jeder Gegenstände dort abgeben, die er nicht mehr braucht - die aber „zu schade zum Wegwerfen“ sind. Auch Umsonstläden brauchen Geld, etwa für die Miete der Räumlichkeiten sowie für die Betreuung. Diese Finanzierung erfolgt meist über Kommunen oder Kirchen. Nach Initiativen in zahlreichen deutschen Städten gibt es nun auch zwei Umsonstläden in Wien, den Gratis-Bazar im Stadtteilzentrum „Bassena“/Schöpfwerk sowie den Kostnix-Laden VEKKS (Zentgasse 26, 1050 Wien). Nähere Infos: www.umsonstladen.at.

Den Umsonstläden ähnlich sind so genannte Sozialmärkte, kurz SOMA genannt. Überschüssige Lebensmittel und andere Waren werden von Handelsmärkten diesen Sozialeinrichtungen kostenlos oder zumindest kostengünstig zur Verfügung gestellt. Diese geben sie zu Sonderpreisen an sozial Bedürftige – in der Regel muss eine Anspruchsberechtigung vorgewiesen werden – weiter. Nähere Infos: www.soma.at.

Freie Wissensökonomie

Während Wissen häufig teuer verkauft wird und Erfindungen durch Patente geschützt werden, wäre auch eine Philosophie denkbar, die Wissen und Know-how großzügiger jenen zur Verfügung stellt, die damit ihre Lebensgrundlage entscheidend verbessern könnten. Kostenloser Know-how-Transfer in Länder des Südens, etwa im Bereich erneuerbarer Technologien oder im Bereich lebensrettender Me-



umwelt & bildung 4/06

Nachhaltig glücklich!?

Kinder: Lernen in Boom City
Jugend: Pragmatisch engagiert
Pinguine: „Happy Feet“ mit Tiefgang
Australien: Umweltbildung mit Koalas

MIT ÖKOLOG-NETZWERKZEITUNG forum
umwelt
& bildung

Nachhaltig glücklich. Schwerpunkt
Umwelt & Bildung 2006/4.
www.umweltbildung.at

Offenlegung: Sustainable Austria ist (ebenso wie die Zeitschrift SOL) zu 100% im Eigentum des gemeinnützigen Vereins SOL (Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil), Penzinger Str. 18/2, 1140 Wien. Vorstand: Vera Besse (Obfrau), Klaus Schuster (Stv.Obmann), Dan Jakobowicz (Kassier), Susanne Supper (Kassierstellvertreterin), Gerlinde Gillingner (Schriftführerin), Herbert Floigl (Schriftführerstellvertreter), Gerald Bauer, Melanie Berner, Petra Bußwald, Walter Galehr, Marlene Hölzl, Markus Leonhartsberger, Andreas Mittermayer, Maria Prem, Ferdinand Reindl, Sabine Schleidt, Walther Schütz, Robert Schwind, Roland Weber, Günter Wind (Beiräte). Grundlegende Richtung: Solidarität und Ökologie für einen nachhaltigen Lebensstil..

dikamente (Generika), würde eine sehr effiziente Form der Entwicklungskooperation darstellen.

Beispiele des freien Wissensverkehrs sind die Open Source-Bewegungen, die offenen Zugang zu Internetwissen forcieren, das gemeinschaftlich erstellte und wachsende Internetlexikon Wikipedia oder die „Globale Research Alliance“, ein weltweiter Zusammenschluss von 50.000 WissenschaftlerInnen aus neun großen Instituten, die Know-how global weitergeben (Infos aus Ch. Felbers Buch). Manche bezeichnen auch das Internet als neue Form der Geschenksökonomie, weil darin Informationen (meist) kostenlos ausgetauscht werden.

Tauschkreise

Tauschkreise sind eine Mittelform zwischen Schenken und Kaufen. Menschen tauschen Leistungen bargeldlos. Als Tauschwährung gilt meist die aufgewendete Zeit, was eine Gleichbewertung aller Tätigkeiten bedeutet. Möglich sind aber auch Mischwährungen, die unterschiedlichen Tätigkeiten spezifische Wertigkeiten zuordnen. Auch Aushandlungen zwischen den Tauschpartnern sind denkbar. Die Abwicklung erfolgt über Internet, Tauschkreiszeitungen sowie Tauschkreistreffen. Jedes Mitglied verfügt über ein Konto, das Guthaben bzw. Abgänge in der Tauscheinheit registriert. Häufig steht bei Tauschkreismitgliedern, so zeigen Erfahrungen, nicht der ökonomische Aspekt des Weniger-Geld-Ausgebens, sondern das Bedürfnis nach Kommunikation und persönlichem Austausch im Vordergrund. Es entstehen Beziehungsnetzwerke über Leistungen, die man einander erbringt.

Tauschkreise geben wirtschaftlichen Tätigkeiten wieder eine persönliche Beziehung. Zu bedenken ist aber, dass die erbrachten Leistungen als Nachbarschaftshilfe gelten und daher steuerfrei sind (was bei einer Ausweitung des Prinzips problematisch werden könnte, weil dann Steuereinnahmen wegbrechen). Auch kann es vorkommen, dass Angebot und Nachfrage nicht immer zusammenpassen (wenn etwa alle Bio-Produkte wollen, die Bio-Bäuerin aber gar nicht so viele Massage- oder Therapiestunden als Gegenleistung in Anspruch nehmen will oder kann). Infos: www.tauschkreise.at

Flohmärkte sowie Secondhand-Geschäfte ähneln Umsonstläden wie Tauschkreisen. Bereits gebrauchte Güter werden zu billigeren Preisen wiederverkauft. Dies kann attraktive Gelegenheitskäufe ermöglichen sowie die eigene Geldbörse schonen, stellt in jedem Fall aber

eine sinnvolle Form der längeren Nutzung von Gütern dar. Bekannt sind Secondhand-Märkte für Textilien sowie Tauschbörsen für Kindersachen oder Sportausrüstungen, aber auch Secondhand-Geschäfte für Elektronik und Handys, seltener auch für Autoersatzteile. Ebay ist eine neue virtuelle Tauschplattform für Secondhand-Güter (www.ebay.at). Und mittlerweile existiert auch eine virtuelle Börse für Geldverleih, die ohne Banken und deren Gewinnspannen auskommt (The online marketplace for people-to-people lending: www.prosper.com).



Foto: Joe Raedle, aus: *Globalisierung – die Herausforderung im neuen Jahrtausend. Unterrichtspraxis Sozialwissenschaften. Aulis Verlag Deubner, 2004*

Regionales Wirtschaften - Kreislaufwirtschaften

Die Beziehungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen stehen auch beim Konzept des regionalen Wirtschaftens sowie lokaler Ökonomien im Mittelpunkt. Erzeuger-Verbraucher-Initiativen, Wochenmärkte und Nahversorgerläden zeichnen in der Regel aus, dass persönliche Bekanntschaften zwischen den Wirtschaftspartnern existieren bzw. entstehen. Regionales Wirtschaften meint aber noch mehr: nämlich das Prinzip „Aus der Region für die Region“. Ziele sind, die Wertschöpfung in der Region zu erhalten, möglichst viele Produkte des täglichen Bedarfs selber zu erzeugen (Autonomie), die Ressourcen der Region zu nutzen und lange Transportwege zu vermeiden. Dieses Verständnis regionaler Ökonomie unterscheidet sich von herkömmlichen regionalwirtschaftlichen Orientierungen, die darauf ausgerichtet sind, die Wettbewerbsfähigkeit einer Region gegenüber anderen zu stärken.

Der Regionalentwickler Reinhard Stransfeld nennt als Hoffnungen in eine „Regionale Ökonomie“:

- „Aufgrund geringerer Bedeutung von Produktivitätsfortschritten Beschäftigung für alle: Überwindung der Beschäftigungskrise.“
- Immunisierung gegen die Unwägbarkeiten und Störeinflüsse spekulativer Kapitaltransfers, um wieder „Herr im eigenen Haus“ zu sein: Sicherung der Situationskontrolle.
- Eine ausdifferenzierte Arbeitswelt mit Chancen für unterschiedliche Begabungen und Profile: Rollenvielfalt.
- Tätigkeitsfelder für jene ohne Platz in der abstrakten, globalisierten Informationsgesellschaft: Erzeugung gesellschaftlicher Kohärenz.
- Aufgrund geringerer Mobilitäts- und „Reichweite“-Erfordernisse Beschäftigungsnischen für alte Menschen: Vorbeugung der demografischen Krise.
- Überschaubarkeit der Aktions- und Erlebnisräume: Erzeugung kultureller Identität und Verantwortung.
- Angemessene Sozialisationsräume für Kinder und Jugendliche: Sicherung gesellschaftlicher Kontinuität.
- Versinnlichung von (regionalen) Stoffkreisläufen und Druck zu nachhaltigem Wirtschaften: Sicherung der Zukunftsfähigkeit.
- Übertragbarkeit auf Länder der dritten Welt zur Überwindung der Elendskreisläufe: Sicherung der globalen Zukunftsfähigkeit.“

(nach <http://www.itas.fzk.de/deu/tadn/tadn002/stra00a.htm>)

Eine Renaissance regionaler Wirtschaftskreisläufe ist im Bereich Lebensmittel vorstellbar. Gänzliche Nahrungsautarkie wird es wohl nicht mehr geben, der Grad regionaler Versorgung ließe sich aber wieder stark ausweiten. Schritte dahin sind nur möglich, wenn wir KonsumentInnen uns wieder auf saisonale Produkte umstellen und wenn es gelingt, den Lebensmittelhandel erneut zu dezentralisieren. Wertschöpfung bietet auch der Energiesektor. Dezentrale Energieerzeugung – ob von Sonne, Wind oder nachwachsenden Rohstoffen – wird bei Verteuerung der fossilen Brennstoffe an Attraktivität gewinnen. Mittlerweile gibt es erste Bestrebungen von Gemeinden, sich energieautark zu machen, etwa in Bayern oder im burgenländischen Güssing. Postfossiles Wirtschaften wird in jedem Fall dezentral organisiert sein.

Reinhard Stransfeld nennt drei Bedingungen, die der regionalen Ökonomie aus ihrem Nischendasein heraushelfen könnten: 1) Ein lediglich regional gültiges Verrechnungsmittel, das einen Sog nach einem lokal erzeugten Angebot von Waren und Leistungen erzeugt. [Dem Thema Regionalgeld ist das nächste „Sustainable



Christa Müller: Krieg um die Ressourcen – Frieden mit der Natur. In: ÖSFK (Hg.): Globe 2001. Friedenspolitik an der Schwelle eines neuen Jahrtausends. Münster: Agenda, 2002. Foto der Autorin.



Austria“ gewidmet]. 2) Die Entwicklung von Small-Scale-Technologien, die bereits bei geringen Stückzahlen ökonomisch sinnvoll und konkurrenzfähig zum Einsatz kommen. 3) Ein umgestaltetes Bildungs- und Ausbildungssystem, das hohe Qualifizierung, ein Bewusstsein über Produktionsketten sowie Selbstorganisation umfasst.

Damit lassen sich Verbindungen etwa zur New Work-Bewegung (www.newworknewculture.org) herstellen, die sinnvolles Produzieren unter Nutzung von High-Tech anstrebt. Eine regionale Ökonomie würde Wirtschaften nicht nur ein Stück weit wieder der Anonymität entreißen, sondern auch vielfältige, attraktive Berufsfelder ermöglichen bzw. wieder beleben – von der Qualitätsbäckerei und der regionalen Käseerei über Computer unterstützte Tischlerwerkstätten bis hin zu neuen Energiekraftwerken. Auch Reparieren würde wieder an Bedeutung gewinnen, was freilich neue reparaturfreundliche Normen an die Industrieprodukte stellt.

Die von Klaus Woltron und dem Club of Vienna beschriebenen „Wege in den Postkapitalismus“ setzen ebenfalls auf radikale Dezentralisierung und die Einführung von regionalen Zweitwährungen. (Mehr dazu s. www.clubofvienna.at, Gaia 2004/1).

Die Ökonomin Christa Müller spricht von der Region als einem überschaubaren, beeinflussbaren und selbst bestimmten Wirtschafts- und Lebensraum. Regionalisierung werde dabei als „Wertschätzung des Raumes, nicht wie in der Globalisierung, als Abstraktion von ihm begriffen.“ Regionalorientiertes Denken stelle „die menschliche Arbeit in den Mittelpunkt, nicht ihre Rationalisierung, es orientiert sich am Gebrauchswert, setzt auf Kooperation, nicht auf Konkurrenz.“ Eine so verstandene Regionalisierung begnüge sich nicht „mit kürzeren Transportstrecken“, sondern impliziere eine gänzlich andere Motivation des Wirtschaftens: „Es geht darum, sinnvolle Arbeit, Selbstbestimmung, Selbstversorgung und die Respektierung der Naturgrenzen auf dem Hintergrund einer neu zu schaffenden Kultur wieder zusammen zu bringen mit neuen Politikformen, die sich je nach Bedarf lokal oder global beziehen.“

Alternative Ökonomie

Die Diskussion über Alternative Ökonomie entstand in den 1970er-Jahren in der Alternativbewegung. Gesundheitsläden, alternative Medien wie die 1978 in Deutschland gegründete „taz“ (Die Tageszeitung“), landwirtschaftliche Kommunen und Genossenschaften, später vor allem selbst verwaltete Kulturzentren, Tauschringe sowie Ökobanken und ethische Geldanlagen zählen zu den Säulen dieser Bewegung. Der 1979 in der Reihe Fischer Alternativ erschienene Band „Anders arbeiten – anders wirtschaften“ steht paradigmatisch für die damalige Aufbruchsstimmung. Viele der in dieser Zeit gegründeten Projekte sind zu dauerhaften Einrichtungen geworden, etwa die Ökoinstitute im Bereich der Umweltforschung. Andere wurden wieder eingestellt.

Eine ältere Form eines anderen Wirtschaftens stellen Genossenschaften dar, die als Interessensgemeinschaften für Dienstleistungen (etwa Wasser- oder Wohnbaugenossenschaften), als Zusammenschluss kleiner Unternehmen in Einkaufs- oder Vermarktungsgenossenschaften (z. B. Bäckereien, Lebensmittelhändler) oder als gemeinschaftliche Banken (Volksbanken) ausgerichtet sein können. Genossenschaften können durchaus Gewinne erzielen, nur werden diese re-investiert zur Verfolgung der gemeinschaftlichen Ziele. Finanziert werden Genossenschaften – anders als Aktiengesellschaften – aus den Genossenschaftsanteilen der Mitglieder. In einem immer rauer werdenden Wirtschaftsklima sind Genossenschaften ein geeignetes Instrument, kleinere und mittelständische Unternehmen im Wettbewerb gegen Großkonzerne zu unterstützen. Bei großen Genossenschaften verschwindet aber häufig der Unterschied zu herkömmlichen Unternehmen.

Als Reaktion auf die neoliberale Wirtschaftsdoktrin sowie als Suche nach neuen Wegen der Vergemeinschaftung könnten alternative Wirtschaftsformen in Zukunft wieder an Bedeutung gewinnen. Ein im November 2006 in Berlin abgehaltener Kongress über „Solidarische Ökonomie“ erfreute sich großer Beteiligung (siehe den Bericht sowie die Reflexion dazu von Andreas Exner am Ende dieses Dossiers). Die



Anders wirtschaften – anders arbeiten. Dualwirtschaft: Nicht jede Arbeit muss ein Job sein. Hg. v. Joseph Huber. Frankfurt: Fischer alternativ, 1979.

deutsche Monatszeitung für Selbstorganisation „CONTRASTE“ informiert regelmäßig über Projekte und Initiativen einer alternativen Ökonomie. Beispiele findet man auch im Jahrbuch „Nachhaltiges Wirtschaften“ der deutschen AG SPAK sowie im Band „Ausstieg in die Zukunft“ des Journalisten Ulrich Grober, der Alternativprojekte (vornehmlich in Deutschland) besucht und ansprechend beschrieben hat.

Solidarwirtschaft - Alternativen aus dem Süden

Neue wirtschaftliche Experimente entstehen derzeit interessanter Weise in Lateinamerika. Linke Regierungen proben den Aufstand gegen die US-Hegemonie und verstaatlichen Schlüsselindustrien wie etwa in Venezuela die Ölförderung. Der venezuelanische Staatspräsident Hugo Chavez hat 2003 auch dazu aufgerufen, die Produktion per Arbeiterkontrolle selbst in die Hand zu nehmen, stillgelegte Betriebe zu besetzen, Missmanagement aufzudecken sowie kapitalistische Unternehmer zu enteignen. Abgewirtschaftete Unternehmen, die von den Belegschaften übernommen werden, erhalten günstige Kredite und entwickeln sich zu „sozialen Betrieben“. Erwirtschaftete Gewinne werden in Sozialeinrichtungen der Region investiert. Ein Dokumentarfilm von Dario Azzellini und Oliver Ressler zeigt fünf solche Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung – eine Aluminiumhütte, ein Textilunternehmen, eine Tomatenfabrik, ein Kakaoprojekt sowie eine Papierfabrik. (Beschrieben in „CONTRASTE“ 2006/12 unter dem Titel „Parallelgesellschaft – aber anders“).

Das vom argentinischen Ökonomen Luis Razeto entwickelte Konzept der Solidarwirtschaft wird mittlerweile auch in Brasilien erprobt. Es basiert auf der Kooperation mehrerer Betriebe, in denen die Belegschaften je nach ihren Fähigkeiten unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Nicht die Spezialisierung auf eine Tätigkeit, sondern das Einbringen aller Kompetenzen einer Person steht im Mittelpunkt. Gewirtschaftet wird wie in Genossenschaften nicht für den Gewinn des Einzelnen, sondern fürs Kollektiv. (nach Eric Schlosser, in: Widerspruch 2006/2).

Wirtschaften in Knappheitsökonomien

Dass Lebenszufriedenheit in nichtkapitalistischen Kontexten auch anders gedeutet werden kann als Maximierung von materiellem Reichtum, zeigen etwa Stimmen aus dem Süden. Die indische Ökologin Vandana Shiva stellt die autonome Verfügbarkeit von Gemeinschaften über die zum Leben notwendigen Ressourcen ins Zentrum von Lebensqualität und spricht von „Erd-Demokratie“. Der thailändische Ökonom Amartya Sen hebt die in den Menschen angelegten Potenziale hervor, die eine Wirtschaft zur Entfaltung bringen müsste. Der argentinische Ethnologe Raúl Montenegro schließlich plädiert für „sustainable happiness“ jenseits der Güterakkumulation. Während die „westlichen Gesellschaften“ darauf zielten, so meinte er in einem Vortrag in der Robert-Jungk-Bibliothek, möglichst viele Spuren zu hinterlassen, sei dies bei den Indigenas des amazonischen Regenwalds genau umgekehrt. Ihr Ziel ist, möglichst keine Spuren zu hinterlassen, um das Ökosystem nicht zu gefährden. Nur exemplarisch können einige Beispiele dieses anderen Wirtschaftens vorgestellt werden.

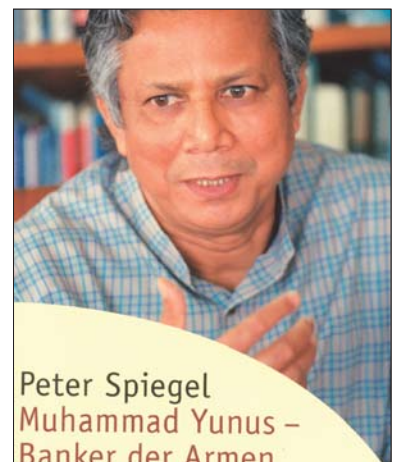
Indische Dörferbewegung

Der österreichische Entwicklungshilfeklub fördert Projekte, die der Grundbedürfnisbefriedigung dienen und das Prinzip Selbstorganisation groß schreiben. Ob im Bereich der Landwirtschaft, des Wassermanagements oder der Ausbildung - das Lernen am Projekt steht immer im Mittelpunkt. Eine Initiative, die mich besonders beeindruckt hat, ist die indische Dörferbewegung. In Gemeinschaftsarbeit werden feste Häuser errichtet. Damit keine Rivalitäten und Konkurrenzgefühle aufkommen, schauen diese alle gleich aus. Beim Errichten der Bauten erlernen die Menschen Know-how, das sie dann beim Errichten des nächsten Dorfes an dessen BewohnerInnen weitergeben. (n. „Unser Projekt. Informationsblatt des Entwicklungshilfeklubs“, www.eh-klub.at)



Rotpunktverlag
VANDANA SHIVA
ERD-DEMOKRATIE
 ALTERNATIVEN ZUR
 NEOLIBERALEN GLOBALISIERUNG

Vandana Shiva: Erddemokratie. Alternativen zur neoliberalen Globalisierung. Zürich: Rotpunkt-Verl., 2006



Peter Spiegel
 Muhammad Yunus –
 Banker der Armen

Der Friedensnobelpreisträger.
 Sein Leben. Seine Vision. Seine Wirkung.

HERDER spektrum

Peter Spiegel: Mohamed Yunus – Banker der Armen. Freiburg: Herder, 2006.



Mikrokredite

Von manchen kritisch betrachtet wird das Entwicklungsinstrument Mikrokredite, da dieses genau den kapitalistischen Prinzipien folge. Der Begründer der Mikrokreditbewegung, der aus Bangladesh stammende Ökonom Mohamed Yunus – er erhielt Ende 2006 den Friedensnobelpreis für seine Arbeit – argumentiert aber genau umgekehrt: Gerade um die Menschen nicht in die Fänge der Konzerne zu treiben, brauchen sie Starthilfen, um sich eine eigene wirtschaftliche Existenz aufbauen zu können. Die Kredite werden in der Regel an ganze Gruppen vergeben, wodurch Solidaritäten unter den Beteiligten gestiftet werden. Das Modell funktioniert, so die Beschreibung von Peter Spiegel in einem Porträt der Bewegung und seines Gründers, so gut, dass es mittlerweile in vielen Ländern angewendet und auch von der Weltbank propagiert wird.

Grundrecht auf Nahrung

Die Alternativnobelpreisträgerin Francis Moore Lappé, die sich seit vielen Jahren für Ernährungssouveränität engagiert, schildert in ihrem Buch „Hoffnungsträger“, wie die viertgrößte Stadt Brasiliens, Belo Horizonte, das Grundrecht auf Nahrung als Bürgerrecht verankert hat. Bauern, die ihre Produkte zu den von der Stadt festgelegten Niedrigpreisen (etwa die Hälfte der üblichen Preise) anbieten, bekommen von dieser im Gegenzug die besten Standplätze zugewiesen. So einfach ist das Prinzip, und es funktioniert. Die regionale Landwirtschaft wurde damit gestärkt, und die Einwohner der Stadt bekommen leistbare Lebensmittel guter Qualität. In von der Stadt betriebenen „Restaurants Popolar“ – also Volksgaststätten -, werden täglich jeweils an die 4000 Mahlzeiten ebenfalls zur Hälfte des üblichen Preises ausgegeben. Subventionen, die mehrfach Sinn machen!

Schlussbemerkung

Global stehen wir vor einer dreifachen wirtschaftlichen Herausforderung. Erstens: Wie können die Lebensgrundlagen jener etwa 2 Milliarden Menschen vor den Zugriffen des Industrialismus gesichert werden, die noch unmittelbar von und mit der Natur in Subsistenzwirtschaften leben („Waldnation“, W. Sachs)? Erforderlich sind spezielle Abkommen über Schutz- und Beteiligungsrechte für Ursprungsbevölkerungen bei industriellen Exploitations- und Expansionsprojekten. Zweitens: Wie gelingt die Existenzsicherung jener vielen Menschen in den Ländern des Südens, die in die Städte ziehen ohne realistische Chance auf einen normalen Erwerbsarbeitsplatz? Nur der Aufbau eigenständiger regionaler Ökonomien und Märkte und nicht die Globalisierung der multinationalen Konzerne wird, so zeigen Studien etwa des US-Ökonomen Joseph Stiglitz, diese Arbeitsplätze schaffen. Drittens stellt sich die Frage, welcher Konsumstil verallgemeinerungsfähig ist und nachhaltig aufrechterhalten werden kann, ohne die ökosystemischen Grenzen des Planeten zu zerstören.

Der Begriff „Wirtschaften“ wird hergeleitet von „Werte schaffen“, was auf Langlebigkeit, Dauer und Nützlichkeit verweisen würde. Die gegenwärtige Durchfluss- und Raubbauökonomie bedeutet freilich das Gegenteil: Werte werden zerstört – im wörtlichen wie übertragenen Sinn.

Das Online-Lexikon Wikipedia (<http://de.wiktionary.org/wiki/Wirtschaft>) bietet uns vier unterschiedliche Bedeutungen für Wirtschaft an, von denen die erste der in Wirtschaftslehrbüchern üblichen entspricht: „Gesamtheit menschlichen Handelns und der dazu benötigten Werkzeuge und Einrichtungen zur Befriedigung von Bedürfnissen.“ Die übrigen drei Bedeutungen hängen interessanterweise jedoch mit Ernährung und elementarer Grundversorgung zusammen: Wirtschaft war früher auch eine Kurzbezeichnung für „Gastwirtschaft, Restaurant“, für „Hauswirtschaft“ sowie für „Landwirtschaft, Bauernhof“. Wirtschaften könnte sich somit – diese Deutungen ernst nehmend - wieder mehr den Grundbedürfnissen widmen. Das täte wohl allen Betroffenen gut! Anfangen können wir vor Ort bei uns selbst!



Wochenmarkt statt Weltmarkt...
Foto: LA 21 Neumarkt

Wie wollen wir wirtschaften?

Solidarische Ökonomie – ein Kongressbericht von Andreas Exner

Wachsende Ungleichheit und zunehmender Stress, der Niedergang der Umweltqualität, Krieg und Terror – das sind die Stichworte zur Lage der Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts. Rund 20 Jahre nach der globalen neoliberalen Wende zeigt sich: freier Markt, Wachstum, Sozialabbau und Gewalt sind keine Lösung. Die soziale Krise verschärft sich mit jedem weiteren Einschnitt bei den Sozialleistungen. Dies umso mehr, als die soziale Sicherheit an zunehmend unsichere Arbeitsplätze gekettet wird, die immer schlechter entlohnt werden und davon abgesehen auch nicht für alle reichen. Die Politik agiert weitgehend im Interesse der Vermögenden und der Kapitalbesitzer. Löhne und Gehälter sind im Rückgang, die Profite auf dem Vormarsch. Gewinninteressen stehen über allem, alle wesentlichen Kräfte sind auf Wirtschaftswachstum und auf fossile Energien eingeschworen. Schlimmer noch: es scheint, dass die Mehrheit kaum mehr korrigierend auf die globalisierte Wirtschaft Einfluss nehmen kann. Selbstentfaltung, Kooperation und Lebensfreude werden unter diesen Bedingungen massiv behindert.

Doch immer mehr Menschen nehmen das nicht länger hin. „¿Wie wollen wir wirtschaften?“, diese Frage gab deshalb einem Kongress den Titel, der Ende November in Berlin stattfand. Das umgedrehte Fragezeichen – wie im Spanischen – signalisierte schon, woher der Wind hier wehte: aus Lateinamerika. Dort entwickelt sich seit einigen Jahren nämlich eine neue Art des Wirtschaftens, eine Solidarische Ökonomie. „Wir wollen nicht nur ein Tortenstück, wir wollen die ganze Backstube!“ – dieses Motto zierte nicht zufällig die Kongress-Homepage. Denn in der Solidarischen Ökonomie geht es nicht um ein paar Brösel vom Tisch der Reichen, sondern darum, unsere Beziehungen gemeinsam so zu gestalten, dass ein reiches Leben für alle möglich wird.

Die Solidarische Ökonomie ist kein geschlossenes Konzept, sondern eine offene Einladung. Zu ihr zählen selbstverwaltete Betriebe, wie sie seit einigen Jahren in Brasilien entstehen, von der sozialistischen Regierung unter Lula stark gefördert, aber auch ein Teil der traditionellen Genossenschaften – sie spielen in Italien eine große Rolle –, sofern sie gesellschaftliche Ziele verfolgen und allen Mitgliedern die gleiche Mitsprache möglich ist. Genossenschaften, die bloß die Marktposition oder das Einkommen ihrer Mitglieder verbessern wollen, wie etwa im Fall von Raiffeisen, sind deshalb keine solidarökonomischen Betriebe. Dagegen gehören kollektive Wohnformen großenteils zur Solidarischen Ökonomie, auch die kostenfreie Produktion und Verteilung von Software oder Saatgut sind dafür gute Beispiele, ebenso wie Tauschkreise, Regiogeld-Projekte und viele Betriebe und Vereine des Non-Profit-Bereichs; aber auch der politisch bewusste faire Handel gehört in diesen Reigen. Letztlich umfasst die Solidarische Ökonomie all jene Bereiche, in denen Menschen ohne Gewinnmotiv miteinander für einander – ob Wohnraum, Wissen, Nahrung, Beziehungen, Infrastruktur oder gar Maschinen – produzieren; mit dem Ziel, die Gesellschaft als ganze solidarischer zu gestalten.

Bei einem derart breiten Ansatz ist es nicht verwunderlich, dass es darin auch große Differenzen, ja grobe Widersprüche gibt. Während die einen den Markt lediglich humanisieren wollen, indem sie den Gewinn hintan stellen und versuchen, sich so weit als möglich an konkreten Bedürfnissen und einer kollektiven Gestaltung zu orientieren und nicht am Geld und an autoritären Hierarchien, meinen andere, dass Markt, Geld und Warentausch als solche es sehr schwer oder gar unmöglich machen, ein bedarfsorientiertes, gleichberechtigtes und gutes Leben für alle zu verwirklichen. Beispiele für solche marktkritischen Projekte bietet die Umsonstladen-Bewegung. Umsonstläden gibt es bereits in mehreren deutschen Städten, seit einiger Zeit auch in Wien. Sie stellen ohne Tausch und kostenfrei Güter und Dienste zur Verfügung. In eine ähnliche Richtung gehen Nutzer- und Nutzerinnen-Gemeinschaften, aber auch manche kollektive Wohnprojekte.



Andreas Exner ist Redakteur der Zeitschrift „Streifzüge“. Er war Teilnehmer des Berliner Kongresses zu „solidarwirtschaften“. Link: www.solidarische-oekonomie.de

A. Exner: „Reform oder Raiffeisen? Fragen zur Solidarischen Ökonomie“, Streifzüge 37/2006, www.streifzuege.org



Der Verein SOL setzt sich für nachhaltigere Lebensstile ein. Er gibt viermal jährlich die Zeitschrift SOL mit der Beilage „Sustainable Austria“ heraus.

Ein Probeheft von SOL schicken wir Ihnen gerne zu.

SOL, Penzinger Str. 18/2, 1140 Wien; Tel. 01.876 79 24, www.nachhaltig.at, sol@nachhaltig.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber: „Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil“ (SOL), 1140 Wien, Penzinger Str. 18/2. Redaktionsanschrift: 7411 Markt Allhau 5. Druck: Europrint, Pinkafeld. DVR 0544485. Wissenschaftliche Mitarbeit: FG-SOL. Chefredaktion: Hans Holzinger. Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Offenlegung siehe Seite B-13.

Weitere Literatur und Links

Schon die Zahl der Teilnehmenden zeigt: der Kongress war ein voller Erfolg. Statt der erwarteten 700 kamen nämlich gleich 1.400 Leute. Aktive aus solidarökonomischen Projekten in Afrika, Südamerika, Asien und Europa diskutierten auf den Podien. Zahllose Workshops widmeten sich den vielen Aspekten der Solidarökonomie. Besonders angenehm fielen dabei Reflexionsniveau und Gesprächskultur ins Auge: marktkonforme Zugänge kamen mit marktkritischen Ansätzen ins Gespräch; die Schwierigkeiten, ja auch die teils ernüchternden Erfahrungen von solidarökonomischen Betrieben wurden – weitgehend ohne Tabus – beleuchtet.

Freilich, viele Fragen bleiben offen: bietet der Markt tatsächlich einen guten Boden für eine solidarische Wirtschaftsweise oder müssen beispielsweise Genossenschaften über kurz oder lang zu eigenen, neuen Formen der Vernetzung finden; welches Verhältnis hat die solidarische Ökonomie zum Staat – sollte der Staat sie fördern oder würde dies etwa auch die Auslagerung von öffentlichen Diensten an Private vorantreiben; ist die solidarische Ökonomie tatsächlich der Beginn einer „anderen Welt“ oder nicht vielmehr ein Kind der Not, die sich verflüchtigen wird, sobald das Wirtschaftswachstum wieder anzieht; welche Beziehung hat die Solidarökonomie zur Gewerkschaft – werden die (ohnehin schon prekären) Arbeitsrechte und sozialen Errungenschaften (noch stärker) erodieren, wenn Unternehmen in die Hand der Angestellten übergehen und Kollektivverträge damit unwirksam werden; wie solidarisch ist die Solidarökonomie tatsächlich, und wie weit spiegelt sich in ihr die neoliberale Ideologie, dass „alle Unternehmer werden sollen“? – Wir sehen: das Gespräch wird weitergehen müssen. Nur die Begleitung durch eine praxisrelevante und kontroverse Reflexion kann nämlich sicher stellen, dass die Solidarökonomie zu einer wirklichen Alternative wird. Das Zeug dazu hat sie allemal.

Entwicklung des Kapitalismus – Globalisierung – Gerechtigkeit

Hermann Daly: Wachstum und Globalisierung in einer vollen Welt. In: Natur und Kultur, Bad Mitterndorf, 2/2001

Hermann Daly: Wirtschaft jenseits von Wachstum. Salzburg: Pustet, 1999.

John Kenneth Galbraith: Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert. Ein Augenzeuge berichtet. Hamburg: Hoffmann & Campe, 1995.

Johan Galtung. Beitrag in: Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus. Die Gewalt des Zusammenhangs. Wien, Promedia, 2001.

Hans Holzinger: Wohlstand für alle? Eine Welt ohne Krieg. Nachhaltige Entwicklung als Leitbild für das 21. Jahrhundert. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktforschung (Hg.): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Münster u.a.: LIT-Verl., 2006.

Richard Gerster: Globalisierung und Gerechtigkeit. Bern: Haupt, 2001.

Rolf Kreibich: Zukunftsvisionen und Zukunftserwartung. Herausforderungen für die Bürgergesellschaft. In: Klaus Kufeld (Hg.): Wir bauen die Städte zusammen. Die Bürgerregion als Utopie? Freiburg u.a.: Alber, 2004.

Politische Regulierung

Hans Holzinger: Ein neuer Ordnungsrahmen für die Welt. In: SOL Nr. 123, 2006.

Erich Kitzmüller, Herwig Büchele: Das Geld als Zauberstab und die Macht der internationalen Finanzmärkte. Münster: LIT-Verl. 2005

Harald Klimenta: Das Gesellschaftswunder. Wie wir Gewinner des Wandels werden. Berlin: Aufbau-Verl., 2006.

Wuppertal Institut: Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. Red. Wolfgang Sachs. München: Beck, 2005.

ATTAC: www.attac.at

GMPI: www.globalmarshallplan.org

KonsumentInnendemokratie

Ulrich Beck: Was zur Wahl steht. Frankfurt: Suhrkamp, 2005.

Fred Grimm: Shopping hilft die Welt verbessern. Der andere Einkaufsführer. München: Goldmann, 2006.

Naomi Klein: No Logo. München: Goldmann, 2005.

Alexander Mesching, Mathias Stuhr: Wunschlos unglücklich. Alles über Konsum. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, 2005.

Klaus Werner, Hans Weiss: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen. München: Ullstein, 2006.

Transfair: www.transfer.org

LOHAS: www.lohasjournal.com

New Consumer: www.newconsumer.org

Ethical Consumer: www.ethicalconsumer.org

Ethische Geldanlage

Max Deml, Hanne May: Grünes Geld. Jahrbuch für ökologisch-ethische Geldanlagen 2005/2006. Stuttgart: Hampp-Verl., 2006.

Plurale Einkommen

Georg Vobruba: Abschied von der Vollbeschäftigung. Frankfurt: Suhrkamp, 2000.

Georg Vobruba: Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden: VSA, 2006.

Neue Arbeitszeitmodelle

Konrad Stopp: Die 30-Stundenwoche als Regelarbeitszeit im atmenden Unternehmen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/2004.

Axel Schaffer, Carsten Stahmer: Die Halbtagesgesellschaft. Ein Konzept für nachhaltige Produktions- und Konsummuster. In: Gaia 3/2005.

Barbara Siemers: Sabbaticals – Optionen der Lebensgestaltung jenseits des Berufsalltags. Frankfurt u.a.: Lang, 2005.

Tausch- und Schenkökonomien

www.umsonstladen.at, www.umsonstladen.de, www.alles-und-umsonst.de/kostenlos/umsonstlaeden.html

Freie Wissensökonomie

Olga Drossou/Stefan Krempf/Andreas Poltermann (Hrsg.) Die wunderbare Wissensvermehrung. Wie Open Innovation unsere Welt revolutioniert. Telepolis, 2006.

<http://de.wikipedia.org>

Regionale Ökonomie

Joachim Sikora, Günter Hoffmann: Vision einer Gemeinwohlökonomie – auf der Grundlage einer komplementären Zeitwährung. Köln: Katholisch-Soziales Institut, 2001.

Dorf-Wiki: <http://www.dorfwiki.org>
www.regionale-oekonomie.de

Alternative Ökonomie

Ulrich Grober: Ausstieg in die Zukunft. Eine Reise zu Ökosiedlungen, Energie-Werkstätten und Denkfabriken. Berlion: Ch. Links, 1991.

http://de.wikipedia.org/wiki/Alternative_%C3%96konomie
www.contraste.org

Solidarwirtschaften

Irmtraud Schlosser: Solidarische Ökonomie. Brasilianische und deutsche Erfahrungen. In: Widerspruch 49, 2005. www.widerspruch.ch

Hans Eder: Solidarwirtschaft und Friedenspotentiale. In: Tagungsbericht St. Johanner Friedenstage 2006. www.intersol.at

Francis Moore Lappé: Hoffnungsträger. Ein internationaler Reiseführer zu grünen Initiativen. München: Riemann, 2001.